ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

Cornelia Roeckl **3** Die gegenwärtige Situation der Landwirtschaft und Perspektiven einer praktisch-politischen Agrarwende

Elisabeth Meyer-Renschhausen 12 Vom Boden der uns ernährt

Marcin Wawrzyn **20** Die polnische Landwirtschaft und die EU-Osterweiterung

Hans Trein **23** Großgrundbesitz und Landlosenbewegung in Brasilien

30 Berichte – Bücher –Veranstaltungen – Personalie

47 34. Mündener Gespräche

138. Folga

September 2003

Hans Alfred Trein

Großgrundbesitz und Landlosenbewegung in Brasilien

Als Gott die Natur und den Reichtum auf die Erde verteilte, war er bei Brasilien ganz besonders großzügig und freigiebig. Eine prächtige Natur mit den schönen Stränden, mit den vielen Flüssen, mit dem großen Regenwald, mit dem größten Tiefsenkungsgebiet der Welt, mit den Iguacu-Fällen, dazu noch so viele edle Holzarten, Gold, Eisenerz, Aluminium und schließlich ein so ein wunderbares Klima. Die anderen Länder murrten: "Warum, o Herr, dort soviel Reichtum und bei uns so wenig?!" Gott soll geantwortet haben: "Weil nach der Ausplünderung durch die Europäer dort noch Leben möglich sein soll!"

Im ersten Teil meines Vortrags möchte ich etwas zu den geschichtlichen Hintergründen eines fast nicht mehr zu ertragenden Widerspruches berichten, nämlich: Wie kann man/frau bloß in Brasilien landlos sein? Dazu möchte ich einige geschichtliche Bewegungen erwähnen, die in der heutigen Landlosenbewegung wiederbelebt werden. Danach möchte ich noch etwas zur Rolle der Kirchen in Brasilien sagen. Und schließlich stellt sich die Frage: Was hat das alles mit uns zu tun?

1 Geschichtliche Hintergründe der widersprüchlichen Bodenkonzentration

Der Kampf um Land in Brasilien hat spätestens mit der Eroberung vor 500 Jahren begonnen. Die Kolonialmächte Portugal und Spanien haben unter dem Euphemismus der "Entdeckung" von Süd- und Mittelamerika Besitz ergriffen, das Land geplündert und den Reichtum nach Europa geschafft. Damit haben sie die Grundlagen für die spätere industrielle, technologische und kulturelle Entwicklung Europas geschaffen.

Die indigenen Völker haben diesen Raubbau als erste zu spüren bekommen. Sie wurden beraubt, ermordet und in das Hinterland vertrieben. Um das Jahr 1500 gab es in Brasilien rund fünf Millionen Indianer, Jetzt schwanken die Zahlen um 300.000. Es gab keine Boden-Besitzurkunden bei den Indianern. Jetzt müssen die Indianer das Besitzurkundensystem und die verzäunte Welt der Weißen annehmen, um wenigstens noch Aussicht auf ein Reservat zu haben. Die Glaubensaussage, dass die Erde Gott gehört, wie es so oft in der Bibel der Weißen steht, ist in der indianischen Kultur viel offensichtlicher verankert als in unserer. Darüber erzählt man sich bei uns im Süden Brasiliens folgendes Gleichnis: "Als die ersten Missionare nach Brasilien kamen, hatten sie die Bibel und die Indianer das Land. Die Missionare forderten die Indianer auf: Lasst uns die Augen schließen und beten. Als die Indianer die Augen wieder aufmachten, hatten sie nun die Bibel und die Missionare das Land." Das nahmen sie zwar nicht immer direkt in Besitz, lieferten aber mit ihren Predigten die ideologische Rechtfertigung dazu.

Die portugiesische Krone hat ihrer Elite große Ländereien – die Sesmarias – zugeteilt. Es waren 15 breite horizontale Landstriche auf der brasilianischen Landkarte, aus denen Gold, Edelsteine, Holz, Baumwolle, Zucker und Kaffee gewonnen werden sollten, denn die portugiesische Schatzkammer hatte kein Geld, um die Besetzung ihrer Kolonie zu finanzieren. Da sich für diese Arbeit die Indianer nicht versklaven ließen, wurden Menschen in Afrika eingefangen und nach Brasilien verschleppt. Von den neun Millionen verschifften Menschen aus Afrika sind etwa drei Millionen lebend angekommen. Am Kai wurden sie an portugiesische Kolonialherren verkauft. Der Preis richtete sich nach ihrem Arbeitsleistungspotenzial. Eine Zahnuntersuchung informierte über gute oder schlechte Gesundheit. Familien wurden nach Möglichkeit auseinandergerissen, um jede mögliche Organisation der Sklaven schon an der familiären Wurzel zu unterbinden. Sie wurden gebrandmarkt und getauft. Ihre Religion wurde verteufelt, war bis in das

20. Jahrhundert hinein verboten und genießt immer noch keine soziale Anerkennung. 340 Jahre dauerte die gesetzliche Sklaverei in Brasilien an. Als im 19. Jahrhundert die Sklavenhaltung nicht mehr wirtschaftlich war und progressiv abgebaut wurde, hat das brasilianische Kaiserreich 1850 vorsorglich ein Gesetz erlassen, wonach Grund und Boden von da an nur noch zu kaufen seien und nicht mehr von der Krone zu vergeben seien. Als die Sklaverei 1888 gesetzlich abgeschafft wurde, hatten die Sklaven kein Geld um sich Land zu kaufen, und mussten um die gnädige Wiedereinstellung bei ihren alten Herren betteln. Sie sind also gesellschaftlich vom Sklavenstatus zum Arbeitskraftstatus umgestiegen und zunächst von der Sklaverei zur Arbeitslosigkeit befreit worden.

Ab 1824 wanderten auch deutsche Wirtschaftsflüchtlinge nach Brasilien ein. Familien, die nach den Wirren der napoleonischen Feldzüge ausgehungert und im Zuge der industriellen Revolution sozial ausgegrenzt waren, sollten auswandern, um den sozialen Druck in Deutschland zu entlasten. Nun standen sich in Brasilien frei gewordene Sklaven ohne Land und importierte Landlose aus Europa gegenüber. Der Einwanderungszug nach Brasilien diente grundsätzlich drei Zwecken:

- 1. Wirtschaftlich-sozialer Zweck: Es sollte ein Mittelstand zwischen den Kolonialherren und den Sklaven entstehen.
- 2. Geopolitischer Zweck: Es sollte ein Grenzpuffer zu den spanischen Gebieten geschaffen werden.
- 3. Rassistischer Zweck: Es sollte eine Aufweissung der Bevölkerung stattfinden.

Die deutschen Einwanderer, überwiegend aus dem Hunsrück und aus Pommern, aber auch aus Westfalen und sogar aus Hessen, bekamen von der Regierung 25 Hektar Land und viele Versprechen. Ihre Aufgabe war es den Wald zu roden, den Boden für die Landwirtschaft nutzbar zu machen, Subsistenzlandwirtschaft zu betreiben und mit ihren jeweils kleinen Überschüssen die Bewohner der Städte mitzuernähren. Zurückblickend muss man auch sagen, dass die nachrückende Viehzucht wieder viele Kleinbauernbetriebe zu Großgrundbesitzungen aneinander reihte, was im Klartext heißt, dass die Klein-

bauern benutzt worden sind, um für die Viehzüchter die Wiesen frei zu schlagen.

Ein exportorientiertes Wirtschaftssystem, Erbteilungen, Bodenspekulation, extensive Viehwirtschaft, der Import der "Grünen Revolution", sinkende Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse bei gleichzeitigem Anstieg der Preise von Werkzeugen, Maschinen, Dünger und Samen führten zu großen Binnenwanderungen. Mit ihnen wurden neue Siedlungsgebiete bis ins Amazonasgebiet hinein erschlossen. Bemerkenswert ist, dass der Wanderungsstrom von Süden nach Norden immer an der Grenze zu den anderen lateinamerikanischen Staaten entlang zog. Auch die Wanderung vom Nordosten in das Amazonasgebiet, die von der Militärregierung unter dem Slogan "Leute ohne Land aus dem Nordosten auf das Land ohne Leute im Amazonasgebiet" forciert wurde, diente unter anderem einer geopolitischen nationalen Sicherungsmaßnahme. Indianer zählten hier überhaupt nicht; sie wurden eher als ein Hindernis für den Fortschritt behandelt. Das Amazonasgebiet sollte in den 1970er Jahren die Übriggebliebenen des Wirtschaftswunders auffangen. Es sollte unter Gesichtspunkten der nationalen Sicherheit integriert werden, um nicht internationalisiert zu werden. Das komplizierte und empfindliche Ökosystem des amazonischen Regenwaldes sollte die Rechnung einer langen Kette von Ungerechtigkeiten zahlen.

Ein anderer Wanderungsstrom vom Nordosten in den Süden lieferte die Arbeitskräfte, um Sao Paulo zur größten Industriestadt Lateinamerikas aufzubauen. Ihre Auswanderung wurde meist der "seca" (Dürre) zugeschrieben. In den letzten Jahren ist aber mehr und mehr das Bewusstsein aufgekommen, dass die "cerca" (Zaun) die Menschen zur Wanderung zwingt. Zurecht sagte der kürzlich verstorbene brasilianische Anthropologe Darcy Ribeiro: "Brasilien ist eine Nation ohne Volk; sie hat nur Arbeitskräfte."

2 Frühere Widerstandsbewegungen

Und doch hat Brasilien schon eine lange Geschichte von Versuchen, zu einem Volk zu werden. Daraus möchte ich stellvertretend einige kurz erwähnen.

Sehr bekannt wurden die jesuitischen Reduktionen unter den Guarani-Indianern im Süden, die es um 1760 für eine kurze Zeit zu einer unabhängigen "Republik der Guarani" gebracht haben. In 30 großen Siedlungen hatten die Jesuiten bis zu 7000 Guarani-Indianer gesammelt. Dort gab es vorbildliche Schulen, genossenschaftliche Landwirtschaft, Handwerk und künstlerische Werkstätten und eine indigene Selbstverwaltung: für jene Zeit ein großartiges Experiment. Es schützte viele tausend Indianer vor Sklaverei, Prostitution, Verschleppung und Mordzügen. Portugal und Spanien haben dann ihre Militärkräfte zusammengelegt, um dieses Lebensproiekt niederzumetzeln.

Auch die afrikanischen Sklaven leisteten Widerstand. Weit von ihrer Heimat entfernt, weggerissen von ihren Familien, zu Ware und Besitz gemacht, mit Arbeit überlastet und das alles mit Christentum abgesegnet, organisierten sie die "Quilombos". Wirtschaftlich und sozial bildeten die "Ouilombos" eine alternative Gesellschaft in der Art einer Kommune. Eine von ihnen - die am Ende des 16. Jahrhunderts gegründete Kommune "Palmares" - konnte sich mit schließlich annähernd 20.000 Bewohnern in mehreren Dörfern über 100 Jahre halten. Die "Quilombos" hatten eine stammesähnliche Organisation und produzierten kollektiv nachweislich große Überschüsse. Es gab ja bei ihnen – anders als im übrigen brasilianischen Kaiserreich - kein Staatsgebilde, das die Überschüsse wegfraß. Das Militär musste mehrmals anrücken, um erst nach vielen Jahren diese subversive Zelle auszumerzen. Heute steht im Artikel 68 des brasilianischen Grundgesetzes, dass der Staat den Nachkommen der schwarzen Sklaven das Land, von dem sie leben, definitiv beurkundet. Die Umsetzung davon geschieht nur mit dem politischen Druck der schwarzen Bewegung.

Schon zwei Generationen nach der deutschen Einwanderung war im Süden Brasiliens der Verarmungsprozess der Kleinbauern soweit fortgeschritten, dass sich unter der religiösen Führung von Jakobina Maurer in den Bergen von Ferrabras, etwa 40 km von der Einwandererstadt Sao Leopoldo entfernt, die Bewegung der "Mucker" bildete. Verschuldete Kleinbauernfamilien, die

ihren Besitz abgeben mussten, fanden bei dieser evangelisch geprägten Bewegung Aufnahme und Überlebensperspektive. Auch diese fast unscheinbare Alternative zur ausschließenden Gesellschaft konnte nicht geduldet werden und wurde letztendlich militärisch zerstört.

Im Nordosten Brasiliens bildete sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts in den Anfängen der Republik auch eine Stadt von Ausgeschlossenen der Gesellschaft um Antonio Conselheiro (Antonio, der Ratgeber): das vielversprechende Canudos. Es heißt: "Sie säten, und sie ernteten reichlich. Nicht nur Mais und Bohnen. Auch Bananen, Zuckerrohr und Orangen gediehen. Tausende wurden satt. Und das in einem der trockensten Winkel im Dürregebiet des brasilianischen Nordostens, dem Sertao." (Eine Welt 5/97, S.13). Antonio Conselheiro war ein Prediger und Ratgeber; und obwohl er nie Sakramente spendete, war er ein Ärgernis für die katholische Amtskirche. Auch die Koalition von Großgrundbesitzern und Militärs, die zur Ausrufung der Republik führte, konnte die eher konservative Abkoppelungsbewegung von Canudos nicht dulden. Antonio Conselheiro disqualifizierte die Republik wegen ihrer liberalen Verfassung (Trennung von Staat und Kirche, obligatorische Zivilehe, Friedhöfe unter kommunaler Verwaltung) und wegen der überhöhten Steuern öffentlich als gottlos. Canudos wurde zur Anlaufstelle verelendeter Familien. Acker und Weideland wurden gemeinsam bearbeitet und genutzt, obwohl es Privateigentum und einen regen Handel mit den umliegenden Dörfern gab. Über 10.000 Menschen lebten auf dem Höhepunkt in Canudos und dennoch reichte es für alle. Dort konnte man sich der Kontrolle des "Coronel" (Landherr, Feudalherr) entziehen, der Abgaben einforderte, sich die Gerichtsbarkeit anmaßte und selbstverständlich der zu wählende Politiker war. So kam, was kommen musste. Auf "ordnungswidrige Massenbewegungen der einfachen Bevölkerung hat die brasilianische Regierung nie anders als repressiv reagiert." Die Hälfte der derzeitigen brasilianischen Armee, über 10.000 Soldaten, diesmal auch mit Kanonen aus Krupp'schen Schmieden, war nötig, um die Bewegung von Canudos nach dreimonatiger Belagerung am 5. Oktober 1897 in einem Vernichtungskrieg niederzuschlagen. Canudos ist eines der großen Traumata der brasilianischen Republikgeschichte. Erst fünf Jahre später berichtete der Militärreporter Euclides da Cunha in seinem Klassiker "Os Sertoes" (1994 als "Krieg im Sertao" auf deutsch erschienen) über dieses Massaker.

Im Krieg von Canudos kristallisierten sich Grundkonflikte der brasilianischen Gesellschaft, die bis heute nicht gelöst sind: einerseits die zwischen den Großstädten an der Küste und den Dörfern des Hinterlands um strukturelle Entwicklung und Gelder und andererseits um die enorme Diskrepanz von Arm und Reich, die sich bis heute ungebrochen an der Frage der Verfügung über Land entzündet. Brasilien hat – aller Rhetorik zum Hohn – bis heute keine Agrarreform erlebt.

3 Die Landlosenbewegung

Vor diesem geschichtlichen Hintergrund ist es nicht mehr schwer, die Landlosenbewegung zu verstehen, die allerdings im Vergleich zu den geschichtlichen Bewegungen mit einem entscheidenden Organisations- und Qualitätszuwachs beseelt ist. 1983 gegründet, hat sich die Landlosenbewegung "Movimento Sem Terra" (MST) zunächst mit der öffentlichen Zurschaustellung ihres Elendes befasst. Mit Straßenrandsiedlungen, mit Märschen auf die Landeshauptstädte und mit Besetzungen des Regierungsinstituts für Agrarreform machten sie auf ihre Lage aufmerksam. Aber erst der Übergang zu Landbesetzungen erwirkte tatsächliche Neuansiedlungen. Es werden unproduktive Großgrundbesitzungen besetzt, um eine Enteignung zu forcieren. Die organisierte Landlosenbewegung MST zählt bis zu 180.000 Familien, die im Zuge dieser Druckmaßnahmen inzwischen angesiedelt worden sind. Insgesamt gibt es um die 5 Mio. landlose Familien in Brasilien, während sich etwa die Hälfte der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen des Landes in den Händen einer hauchdünnen Schicht von Großgrundbesitzern befinden, die nur 1 % der Bevölkerung ausmachen. Die Landlosenbewegung rechnet heute mit etwa 100 Mio. Hektar landwirtschaftlich nutzbarem Boden, der schon erschlossen ist und der brach liegt. Das heißt unter anderem, dass der amazonische Regenwald durchaus verschont bleiben könnte, wenn die zur Verfügung stehenden Instrumente der Agrarreform (Enteignung und Verteilung, bzw. Ansiedlung von Landlosen) eingesetzt würden. Und alle, die es brauchen, könnten ihr Stück Land haben.

Die andere Seite der Landbesetzungen ist die wachsende Gewalt von Seiten der Militärpolizei und der paramilitärischen Soldgruppen, die im Dienste der Großgrundbesitzer stehen. Sie hat zu mehrheitlich unbestraften Morden an vereinzelten Landlosen geführt, 1993 (Corumbiara) und 1996 (Eldorado do Carajas) auch zu größeren auch noch unbestraften Massakern. Die Regierung versuchte die Landlosen als Unruhestifter und Kriminelle darzustellen, um ihre Repression zu rechtfertigen. Das Dokumentationszentrum der Landpastorale hat die mit dem Kampf um Land verbundenen Morde aufgezählt. Von 1985 - 1998 waren es 1.158 Morde an Landarbeitern, Anwälten, Agrartechnikern, Pastoralagenten, Gewerkschaftsleuten und Nonnen. Davon wurden erst 86 vor Gericht gebracht und lediglich 11 strafrechtlich verurteilt. Die Landpastorale erarbeitet seit 22 Jahren eine sehr genaue Aufstellung der Gewalt auf dem Lande.

Und trotzdem sind über 50.000 Landlose in den über 180 Landbesetzungen in ganz Brasilien von der Legitimität ihrer gesetzlichen Verstöße gegen das Privateigentum überzeugt – so sehr, dass sie das Risiko Davids gegen Goliath eingehen. Gibt es überhaupt eine Alternative? Oder ist es denn ein großer Unterschied langsam dahin zu siechen oder plötzlich zu sterben? Für Verzweiflung haben die Landlosen keine Zeit!

Die Landlosenbewegung erarbeitete sich einen großen Öffentlichkeitszuspruch in Brasilien. Einer Umfrage des Nationalen Rates der Industrie im April 1997 zufolge bejahten 77% der brasilianischen Bevölkerung die Existenzberechtigung der Landlosenbewegung und bis zu 85 % befürworteten Landbesetzungen als Druckmittel unter der Bedingung, dass die Landlosen die Besetzungen nicht gewalttätig durchführen. Diese Öffentlichkeit wird immer wieder mühsam erarbeitet. Die Landlosen haben kein Geld, um im Fernsehen ein anderes Image gegen das der

Regierung zu stellen. Ich möchte nur zwei ihrer Praktiken erwähnen:

1. Die Märsche über Tausende von Kilometern: Anfangs hatten sie lediglich das politische Ziel, die Landes- oder Bundesregierung unter Druck zu setzen. Heutzutage gibt es ein erweitertes politisches Ziel, die Gesellschaft erzieherisch mit einzubeziehen. Bei einem Marsch von 1000 Landlosen gibt es eine Vorhut von etwa 40 Leuten. Sie treffen ein bis zwei Tage vor dem Marsch am Zielort ein. Sie halten Vorträge in den Schulen, Gewerkschaften, Kirchengemeinden, lokalen Radios und versuchen, den Marsch in die lokale Presse zu bringen. Wenn der Marsch angekommen ist, wird ein Lager aufgeschlagen. Es werden Besucher empfangen, es bilden sich politische Runde Tische, der Ausverkauf Brasiliens wird miteinander analysiert, der große Rahmen für die alltäglichen Krisen wird aufgezeichnet, ein volksbezogenes Entwicklungsprojekt für Brasilien wird diskutiert. Viele Leute kommen, bringen Gaben mit und sagen: "Wenn ich schon nicht mitmarschieren kann, geht ihr wenigstens im Namen des Volkes und sagt der Regierung, dass unser Land ins Unglück gestürzt wird". Damit wird in mühsamer Arbeit die politische Kultur verändert - weg von der bloßen Wahlbeteiligung und dem Abwarten, was die Regierung wohl macht, hin zur eigenen Beteiligung am Geschehen.

2. Gemeinnützige Dienstleistungen: Landlose Gruppen aus nahegelegenen Lagern oder Ansiedlungen bieten sich den Bürgermeistern an, um die Stadt zu säubern und zu beschönigen: Straßen kehren, Unkraut beseitigen, Blumenbeete bepflanzen ... Sie schenken der Stadt einen Arbeitstag. Bei der Gelegenheit bringen sie von ihren eigenen Erzeugnissen Nahrungsmittel ins Krankenhaus, in die Kindertagesstätte oder in die Armenviertel.

4 Die Kirchen und das Land

1975, kurz nach den schlimmen Jahren der Militärdiktatur, wurde die katholische Landpastorale CPT gegründet. Ihr Hauptanliegen war anfangs das von der Militärregierung verabschiedete Bodenstatut vom 30. November 1964 zur Umsetzung einzufordern. Vertriebene von

den großen Staudämmen, Kleinbauern ohne Besitzurkunden im Amazonasgebiet, Eindringlinge der Indianerreservate wurden bei ihren Forderungen nach einer Agrarreform unterstützt. Sehr bald zeigte diese Landpastorale ihr ökumenisches Gesicht.

Die Landpastorale verstand sich selbst als eine Tochter der Befreiungstheologie. Aus der Perspektive von Landarbeitern, die ein versklavtes Dasein führten oder wie Verbannte im eigenen Land lebten, konnte Gott nur als befreiender Gott geglaubt werden. Das biblische Zeugnis eines Gottes, der selbst hinabstieg, die Sklaven aus Ägypten befreite und sie anschließend auf ein Land führte, da Milch und Honig flossen, ist für die Landpastorale rechtfertigende Inspiration geworden. Dazu hat es in der katholischen Kirche einige Stellungnahmen gegeben:

Im Januar 1998 hat der Vatikan ein Dokument "Für eine Verteilung von Land – Die Herausforderung der Agrarreform" herausgegeben. Es ist nicht nur auf Brasilien bezogen und beansprucht allgemeinen Charakter. Das Dokument hätte schon zum Papstbesuch in Brasilien (Oktober 1997) erscheinen sollen, was die brasilianische Regierung jedoch verhindern konnte.

Das Dokument hat drei Abschnitte und ist im Stil der Methode "Sehen, Urteilen, Handeln" aufgebaut. Zuerst werden die Bodenkonzentration und ihre negativen Folgen analysiert. Dann wird an die Einstellung der Bibel zum Bodeneigentum und an das Jubeljahr erinnert. Drittens geht es um ethische und politische Voraussetzungen sowie praktische Aspekte einer umfassenden Agrarreform. Dieses Dokument des Vatikans bezeichnet erstmals Landbesetzungen als legitime soziale Reaktion auf die Verzögerung einer Agrarreform durch die Politik. Die Repression von Landbesetzungen wird geradezu verurteilt: "Wer das Land nicht verteilt, hat keine Moral und kein Recht, diejenigen zu reprimieren, die es besetzen, um Arbeit und soziale Verwirklichung zu suchen." Die Regierungen werden aufgefordert, die Agrarreformen zügiger umzusetzen. Und unter Agrarreform wird erstmals mehr verstanden als eine bloße Landverteilung: Kredit für die Produktion, gleiche Rechte für Frauen, Unterstützung von Genossenschaften, Gewährleistung von Gesundheit, Bildung und Infrastruktur als fundamentale Leistungen des Staates.

In Brasilien gibt es neben der katholischen Kirche und im Gegensatz zu den protestantischen Missionskirchen noch eine Einwandererkirche (EKLBB) mit ca. 800.000 Mitgliedern (unter 0,5% der Bevölkerung). Sie war bis vor 40 Jahren eine ausgesprochene Bauernkirche. Inzwischen spiegelt sich in ihr dieselbe soziale Spaltung von finanzkräftigen Industrieunternehmern und landlosen Kleinbauern wieder, wie sie in der gesamten Gesellschaft Brasiliens vorzufinden ist. 1982 hat die EKLBB das Thema "Gottes Erde - Land für alle" ausgerufen und konfrontiert ihre Gemeinden seitdem mit der theologischen Reflexion über die Notwendigkeit einer umfassenden Agrarreform. Die Reaktionen darauf waren ein Spiegelbild der gesamten geteilten Gesellschaft. Sie reichten von der freudigen Aufnahme bis hin zum Boykott der Thematik mit der Begründung, dass die Kirche sich mit geistlichen Belangen zu beschäftigen habe und nicht mit sozialpolitischen Angelegenheiten. Inzwischen hat sich das Wissen um die Notwendigkeit einer umfassenden Agrarreform als Grundsatz von Gerechtigkeit in der ganzen EKLBB verbreitet, aber es ist schwierig, den tatkräftigen Einsatz für dieses Ziel aufrecht zu erhalten.

5 Agrarreform fürs Fernsehen

Die vorige Bundesregierung konterte meistens mit teuren Medienoffensiven – die Landlosen nannten sie die "virtuelle Agrarreform". Darin wurden 370.000 Familien auf insgesamt 12 Mio. Hektar als Agrarreformleistung angeführt. (In derselben Zeit sind 4,2 Mio. landlos geworden und die Großgrundbesitze über 2.000 Hektar sind um 56 Mio. Hektar angewachsen.) Der Etat für die Propaganda der Regierung ist von 2000 auf 2001 um 154% erhöht worden. Zur gleichen Zeit ist der Etat für die Agrarreform um 7,8% reduziert worden.

Darüber hinaus versuchte die brasilianische Bundesregierung noch zwei andere Maßnahmen aus der Trickkiste zu zaubern:

1. Sie prägte den Begriff einer "Agrarreform des

Marktes" und versuchte 1 Mrd. Dollar bei der Weltbank auszuleihen, um Großgrundbesitzern ihr – meist unrechtmäßig angeeignetes – Land abzukaufen und es dann an Landlose zu verteilen. Diese Form der "Agrarreform" vermeidet Enteignungen und legalisiert im nachhinein die unrechtmäßige Aneignung des Bodens durch die Großgrundbesitzer, welche nunmehr selbst das Land aussuchen, auf das die von vornherein verschuldeten Bauern gelassen werden.

2. Die Verantwortung für die überfällige Agrarreform wurde auf die Länder und Kommunen abgeschoben. Dieser Prozess (fast wie aus einem Regierungshandbuch entnommen) stellte sich immer dann ein, wenn die gesellschaftlichen Gruppen und NROs ein effektives und durchsetzungsfähiges Organisationsniveau erreicht hatten. Kurz gesagt: die Regierung versuchte die Landlosenbewegung und ihren Vorbildcharakter für andere Elendsbereiche zunichte zu machen.

Die Lawine, die auf die Landlosen zukommt, macht ihnen Angst, aber sie lähmt sie nicht. Der Kampf geht weiter. Es geht um Land, um die freie Meinungsbildung und um politische Grundrechte, um ein alternatives wirtschaftliches und politisches Projekt für das Land. "Pau e prosa" ist ihre Strategie, zu deutsch: "Knüppel und Dialog". Unter "Knüppel" verstehen die Landlosen, dass sie die Großgrundbesitzer, die Regierung und ihre Machenschaften mit den Banken an den Pranger stellen und Landbesetzungen durchführen. Unter "Dialog" verstehen sie ihre unermüdliche Bereitschaft, immer wieder aufs Neue Verhandlungen mit den Regierungsorganen einzugehen, mit der umliegenden Gesellschaft einen massiven Prozess politischer Bildung fortzusetzen und mit ihren Arbeitsdienstagen und Nahrungsmittelverteilungen die Werte der Gnade, der Solidarität und der Verantwortung für einander vorzuleben.

Unter der im Oktober 2002 neu gewählten Regierung Lula sind die Hoffnungen auf eine Agrarreform größer geworden. Nach einer ersten Schonzeit für den neuen Präsidenten ist sich die Landlosenbewegung jedoch ihrer gesellschaftlichen Rolle klar bewusst: jetzt heißt es nicht "abwarten, dass 'unsere' Regierung es schon richten wird", sondern es heißt, die Mobilisie-

rungen und – wenn nötig – auch die Landbesetzungen weiter zu führen, um den notwendigen gesellschaftlichen Druck aufrecht zu erhalten, denn nur so wird selbst eine günstigere Regierung eine wirkliche Agrarreform gegen die Lobby der Großgrundbesitzer durchsetzen können.

6 Ausblick

Was haben Sie in Deutschland mit den Landlosen in Brasilien zu tun? Was haben deutsche Textilarbeiterinnen, Bauarbeiter, Studierende, Chemiearbeiter, Obdachlose, Kleinbauern mit den brasilianischen Landlosen zu tun? Warum rufen die brasilianischen Landlosen zu einem gemeinsamen Kampf für eine Agrarreform auf? Nebenbei gesagt: Im Jahre 1996 sind in Deutschland 14.000 Kleinbauernbetriebe verschwunden. Im Jahr 1998 waren es 20.000. Und im Jahr 2000 sollen es sogar 40.000 gewesen sein.

Es geht nicht um die Agrarreform allein. In ihr konkretisiert sich vielmehr der Kampf gegen eine tiefergehende Logik: die des sozialen Ausschlusses. Überzeugung der Landlosen ist es, dass dieselben Mechanismen, die in Brasilien Verelendung produzieren, auch anderswo in der Welt am Werk sind, dass sie die Weltwirtschaft beherrschen. Der Kampf der Landlosen (ähnlich wie der Kampf der französischen Bewegungen der "Ohne") richtet sich gegen die Logik des Ausschlusses. Sie besetzen Land, das Justizministerium, die Agrarreformbehörde, und sie

stellen damit ganz praktisch die Besitzverhältnisse auf dem Lande in Frage. Sie fordern die Besitzenden und Mächtigen heraus, pochen auf ihr fundamentales Menschenrecht auf Leben. Sie wollen keine Almosen und keine Sozialprogramme, sondern Gerechtigkeit, soziale und politische Bürgerrechte für alle. Die Landlosen brechen in die polizeilich und militärisch geschützte Welt der Reichen ein und widersprechen mit dieser Praxis ihrem Ausgeschlossensein von den elementarsten Lebensgrundlagen.

Die brasilianische Landlosenbewegung braucht die Unterstützung von Menschen in anderen Ländern; sie braucht Ihr Interesse, Ihre Anteilnahme, Ihre Forschung, Ihre Fürbitte und Ihre Spenden. Aber noch wichtiger für die internationale Solidarität ist die gemeinsame Erkenntnis der Mechanismen des sozialen Ausschlusses und die Bereitschaft, mit eigenen Akzenten und wirksamen Methoden gegen diese Mechanismen anzugehen. Sind nicht auch in den reichen Ländern des Nordens Privilegien und Ungerechtigkeiten mit dem Bodeneigentum verbunden?

In einer Zeit, in der sich die nationalen Staaten im Umbruch befinden, in der sich die Regierungen mehr und mehr ihre Politik von den großen Wirtschaftsunternehmen vorgeben lassen, sind die gesellschaftlichen Organisationen gefragt, speziell die Universitäten, die Gewerkschaften, die NROs und die Kirchen. Was lässt sich im Süden und hier im Norden gegen den sozialen Ausschluss unternehmen?

Unfreier Welthandel besonders im Agrarbereich

"Europa und die USA subventionieren ihre Agrarproduktion mit 1 Mrd. US-Dollar pro Tag, das sind rund 360 Mrd. US-Dollar im Jahr. Das ist etwa das Siebenfache der pro Jahr weltweit gewährten Entwicklungshilfe! Mittels dieser Subventionen zerstören wir genau die Märkte, auf denen die schwächsten Entwicklungsländer noch am ehesten wirtschaftliche Erfolge erzielen könnten. ... Der richtige Schluss daraus wäre, endlich die Welthandelsordnung vom Kopf auf die Füße zu stellen. Nicht die Dritte Welt muss liberalisieren und privatisieren, sondern die OECD-Staaten, indem sie ihre Märkte für Produkte aus der Dritten Welt öffnen."

Harald Schumann, Die wahren Globalisierungsgegner oder: Die Politische Ökonomie des Terrorismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament Nr. 13–14/2003, S. 27 und 30.